Wer ist primär für eine saubere Umwelt verantwortlich – Staat oder Bürger*innen? Die Rolle von sozialem und politischem Vertrauen

Ella Henninger
17th April 2026



Wer sollte die primäre Verantwortung dafür tragen, Umweltverschmutzung zu verringern und die eigene Gemeinde sauber zu halten? In Afrobarometer-Daten aus 39 Ländern sieht fast die Hälfte der Befragten diese Verantwortung bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst, deutlich mehr als bei nationalen oder lokalen Regierungen. Diese Verteilung zeigt, dass der Wunsch nach mehr staatlichem Handeln nicht automatisch bedeutet, dass auch die Hauptverantwortung beim Staat gesehen wird.



Wer soll Umweltprobleme lösen?

Wer für eine saubere Umwelt verantwortlich ist, ist keine rein theoretische Frage. Verantwortungszuschreibungen beeinflussen, von wem Bürgerinnen und Bürger Lösungen erwarten, wen sie für Missstände verantwortlich machen und ob Umweltprobleme politische Forderungen nach staatlichem Handeln auslösen oder eher als Frage individuellen Verhaltens gesehen werden.

Ein spannender Befund im Afrobarometer

Unsere Studie untersucht die Frage nach Verantwortungszuschreibung für die Lösung von Umweltproblemen mit Daten aus dem Afrobarometer Welle 9 (2021/23) für 39 afrikanische Länder. Dabei zeigt sich ein auf den ersten Blick widersprüchliches Muster: Viele Befragte (64.8%) wünschen sich, dass ihre Regierung mehr gegen Umweltverschmutzung tut. Gleichzeitig weist ein grosser Teil (47.8%) die primäre Verantwortung nicht dem Staat, sondern den

Bürgerinnen und Bürgern zu.

Abbildung 1: Wer sollte die Hauptverantwortung dafür tragen, die Umweltverschmutzung zu reduzieren und Ihr Lebensumfeld sauber zu halten?

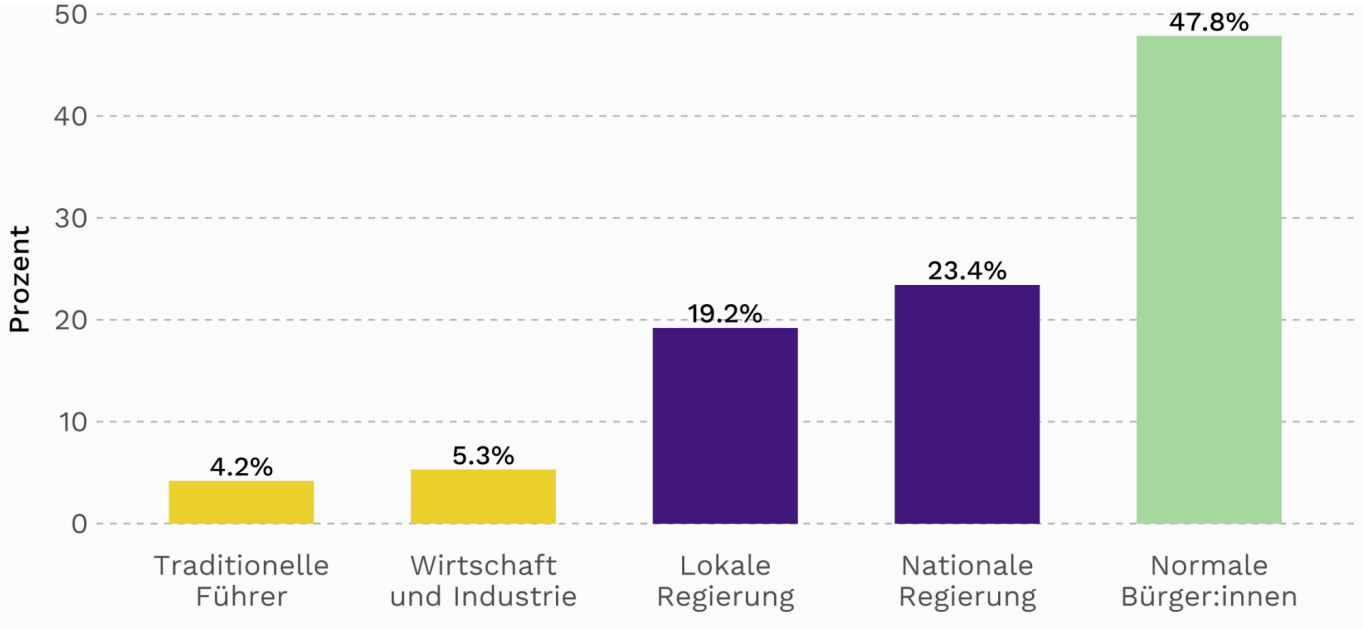

Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto

Dieser Befund macht die Frage politisch relevant: Wenn kollektive Probleme vor allem als Folge privaten Fehlverhaltens gesehen werden, ist es weniger wahrscheinlich, dass daraus Druck auf Regierungen entsteht, systematisch an Lösungen zu arbeiten.

Warum Vertrauen wichtig ist

Zwei Formen von Vertrauen können helfen zu verstehen, wie Menschen über Verantwortungszuschreibung nachdenken: politisches und soziales Vertrauen. Politisches Vertrauen bezeichnet den Glauben daran, dass politische Institutionen auch ohne dauerhafte Überwachung kompetent und angemessen handeln (Easton, 1975; Citrin und Stoker, 2018; Devine und Fairbrother, 2026). Soziales Vertrauen beschreibt die Erwartung, dass andere Menschen, auch solche, die einem selbst nicht nahestehen, eher kooperieren als sich als Trittbrettfahrer zu verhalten (Ostrom, 1998; Rothstein, 2013; Rothstein und Uslaner, 2005). Politisches und soziales Vertrauen beziehen sich also darauf, wie Menschen über die Rolle des Staates und ihrer Mitbürger*innen nachdenken. Gerade bei Umweltverschmutzung liegt es nahe, dass beide Vertrauensformen relevant sind, weil ihre Verringerung sowohl staatliche Regulierung also auch individuelle Verhaltensänderungen erfordert.

Verantwortung ist nicht gleich Verantwortung

Was unter Verantwortung genau verstanden wird, ist nicht zwingend eindeutig. Einerseits kann Verantwortung prospektiv gelesen werden, also als Erwartung an künftiges Handeln. In diesem Sinne geht es darum, wer die Fähigkeit oder die moralische Pflicht hat, ein Problem anzugehen. Pellizzoni beschreibt dies als Verantwortung im Sinne von “care-taking” (Pellizzoni 2005, 573).

Andererseits kann Verantwortung retrospektiv verstanden werden, also als Frage von Schuld, Haftung und Rechenschaft. Dann geht es weniger darum, wer handeln sollte, sondern eher darum, wer für bestehende Probleme verantwortlich gemacht wird oder zur Verantwortung gezogen werden sollte, im Sinne von “liability” (Pellizzoni 2005, 573).

Welche Erwartungen folgen daraus?

Diese Unterscheidung ist zentral, weil sie verändert, wie Vertrauen auf Verantwortungszuschreibung wirken dürfte. Wenn Verantwortung vor allem prospektiv verstanden wird, wäre zu erwarten, dass Menschen mit höherem politischem Vertrauen dem Staat eher Verantwortung zuschreiben, weil sie ihm eher Kapazität und Problemlösungsfähigkeit zutrauen (Devine und Fairbrother, 2026). Wird Verantwortung dagegen stärker retrospektiv verstanden, kann auch das Gegenteil plausibel sein: Wer dem Staat misstraut, macht ihn eher verantwortlich. Für soziales Vertrauen gilt eine ähnliche Ambiguität: Höheres soziales Vertrauen könnte mit mehr Verantwortung für Bürgerinnen und Bürger einhergehen, weil Kooperation erwartet wird. Es könnte aber auch sein, dass gerade geringes soziales Vertrauen eher zu Schuldzuweisung gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern führt (Harring, 2016).

Was erste Ergebnisse vermuten lassen

Erste vorläufige Ergebnisse zeigen ein interessantes Muster: Höheres politisches Vertrauen ist mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit verbunden, der Regierung die primäre Verantwortung für die Verringerung von Umweltverschmutzung zuzuschreiben. Für soziales Vertrauen zeigt sich dagegen ein positiver Zusammenhang: Wer anderen Menschen stärker vertraut, schreibt eher der Regierung die Hauptverantwortung zu.

Abbildung 2: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, die Regierung als verantwortlich anzusehen

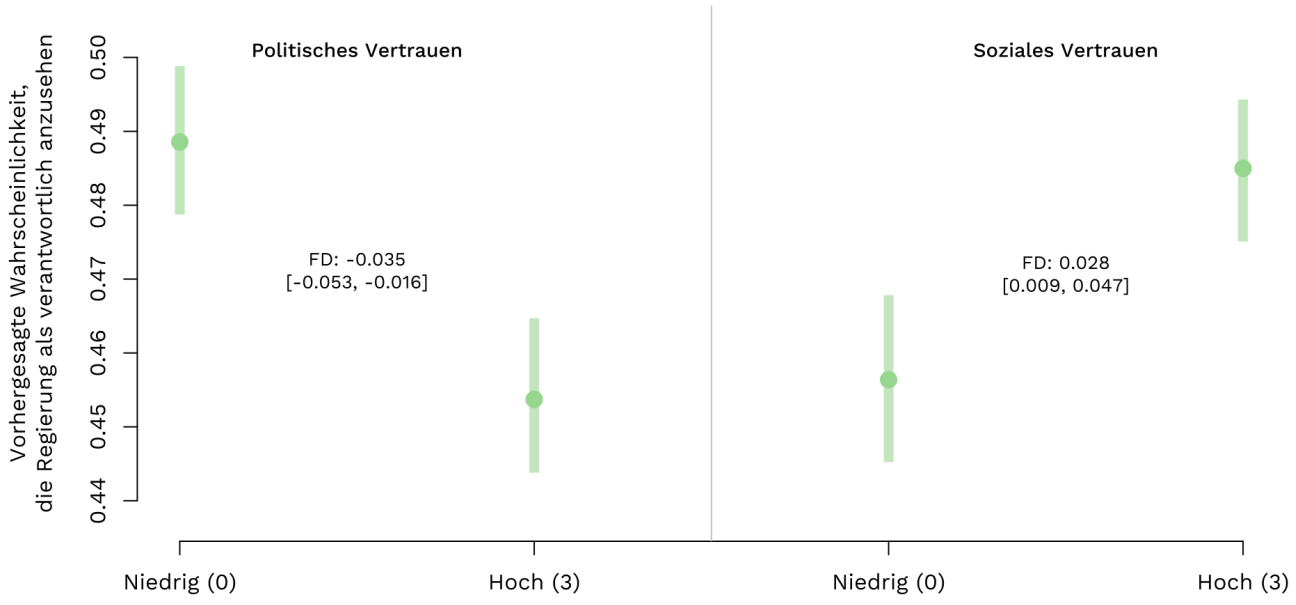

Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Verantwortung von vielen Befragten zumindest teilweise rückblickend verstanden wird, also als Frage von Schuld und Rechenschaft. Wer der Regierung *weniger* vertraut, scheint eher geneigt, sie für Umweltprobleme verantwortlich zu machen. Wer anderen Menschen *stärker* vertraut, verortet die Hauptverantwortung dagegen seltener bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Welche Kontexte und Umweltprobleme prägen diese Zuschreibungen?

Die Ergebnisse laden zu weiterer Forschung ein. Bisher betrachten wir länderspezifische Unterschiede noch nicht systematisch. Es ist jedoch gut möglich, dass die gezeigten Zusammenhänge in manchen Kontexten typischer sind als in anderen. Zudem dürfte eine Rolle spielen, an welche Form von Umweltverschmutzung Befragte bei ihrer Antwort denken (Müll vs. Luftverschmutzung). Klar ist schon jetzt: Weder der Staat noch die Bürgerinnen und Bürger allein können Umweltverschmutzung wirksam bekämpfen. Beide spielen eine zentrale Rolle.

Hinweis: Dieser Beitrag beruht auf dem Referat „When trust falters, are citizens expected to carry the load? Political trust and pollution responsibility attribution across African contexts“, gehalten von Ella Henninger an den Aarauer Demokratietagen vom 12. und 13. März 2026.

Referenzen:

- Afrobarometer (2021): Merged data Afrobarometer, Wave 9 (2021/23). https://www.afrobarometer.org/data/merged-data/ (zuletzt aufgerufen: 06.03.2026).
- Citrin, Jack und Laura Stoker (2018): Political Trust in a Cynical Age. *Annual Review of Political Science*. 21: 49-70. https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050316-092550
- Devine, Daniel und Malcolm Fairbrother (2026): A Research Agenda for Political Trust. Cheltenham, U.K.; Northhampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing. https://doi.org/10.4337/9781035317486.00006
- Easton, David (1975): A Re-assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*. 5(4): 435-457. https://doi.org/10.1017/S0007123400008309
- Harring, Niklas (2016). Reward or Punish? Understanding Preferences toward Economic and Regulatory Instruments in a Cross-National Perspective. Political Studies. 64(3): 573-592. https://doi.org/10.1111/1467-9248.12209
- Ostrom, Elinor (1998): A Behavioral Approach to the Rational Choice Theory of Collective Action: Presidential Address, American Political Science Assossiation, 1997. *American Political Science Review*. 92(1): 1-22. https://doi.org/10.2307/2585925
- Pellizzoni, Luigi (2005): Trust, Responsibility and Environmental Policy. *European Societies*. 7(4): 567-594. https://doi.org/10.1080/14616690500194118
- Rothstein, Bo (2013): Corruption and Social Trust: Why the Fish Rots

from the Head Down. *Social Research: An International Quarter* 80(4): 1009-1032. https://doi.org/10.1353/sor.2013.0040
- Rothstein, Bo und Eric M. Uslaner (2005): All for One: Equality, Corruption, and Social Trust. *World Politics*. 58(1): 41-72. https://doi.org/10.1353/wp.2006.0022

Abbildung: unsplash.com